

Führung/Kommunikation

“Masterplan Wohnen für ein langes Leben” vom GdW beim Demografiekongress der Gesundheitsstadt in Berlin gefordert

“Wir brauchen mehr altersgerechte Wohnungen – allen voran im Wohnungsbestand”, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, heute auf dem “Zukunftsforum Langes Leben” der Gesundheitsstadt in Berlin. Kommunen, Pflegekassen und auch die Menschen seien schon heute finanziell damit überfordert, Ältere und Pflegebedürftige überwiegend in stationären Einrichtungen unterzubringen. “Auch, weil die Menschen es sich in der Regel wünschen, so lange wie möglich selbstbestimmt in ihrer eigenen Wohnung zu bleiben, müssen wir gemeinsam mit der Politik handeln”, so Gedaschko. “Wir brauchen einen Masterplan Wohnen für ein langes Leben – und zwar auch für jede einzelne Kommune.”

Zu den Voraussetzungen dafür, dass Menschen möglichst lange und zufrieden in ihren eigenen vier Wänden leben können, zählen neben altengerecht gestalteten Wohnungen auch die Bereitstellung entsprechender technischer Assistenzsysteme sowie das Angebot von individuellen Dienstleistungen rund um das Wohnen. “Es ist dringend geboten, dass der Bund im Rahmen seiner Demografiestrategie wieder in die KfW-Förderung ‘Altersgerecht Umbauen’ einsteigt”, so GdW-Präsident Gedaschko. Denn trotz aktuell niedriger Zinsen reicht das Eigenprogramm der KfW an dieser Stelle nicht aus, um den eigentlichen Bedarf abzudecken.

Zentraler Bestandteil eines solchen Masterplans muss die finanzielle Unterstützung kommunaler Demografiekonzepte sein. Denn auch die kommunale Infrastruktur – also Straßen, Verkehr, öffentliche Gebäude und Dienstleistungen – gehört zum Masterplan “Wohnen für ein langes Leben dazu und muss ergänzend zum Programm “Barrierearme Stadt” angepasst werden.

Um einen Masterplan Wohnen für ein langes Leben erfolgreich umzusetzen, muss unbedingt der Quartiersbezug berücksichtigt werden – und hier die gesamtstädtische Planung unter Einbeziehung der sozialen, baulichen und städtebaulichen Situation ganzer Stadtquartiere und Nachbarschaften. Es liegt auf der Hand, dass ein barrierearmes oder -freies Gebäude in einem Umfeld mit vielen Barrieren wenig Sinn macht. Die beste gebäudebezogene räumliche Lösung und einzelfallorientierte Betreuung relativiert sich, wenn die wohnungsnahen Dienstleistungen nicht an die demografisch bedingten Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner angepasst sind. Bei der Anpassung der Quartiere sind spezielle Koordinatoren, sog. “Kümmerer” vor Ort notwendig, die den Bewohnern Hilfestellung in punkto Information und Beratung bieten.

Es bedarf darüber hinaus einer großen Pflege- und Gesundheitsreform, die den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und den Grundsatz “ambulant vor stationär” berücksichtigt. Zudem müssten bestimmte telemedizinische Leistungen viel stärker in die Leistungskataloge der gesetzlichen Krankenkassen aufgenommen werden. Die Pflegekassen dagegen sollten die Kosten für den Betrieb von Assistenzsystemen in den Wohnungen auch für Menschen mit Pflegestufe “0” zulassen.

“Ein ganz wichtiger Aspekt des Wohnens für ein langes Leben wird häufig zu wenig in den Mittelpunkt gestellt”, so der GdW-Chef. “Ehrenamtliche Helfer erbringen eine immense Leistung für die Gesellschaft und tragen so dazu bei, bezahlbare Dienstleistungen sicherzustellen. Menschen, die sich hier engagieren, sollten durch die Übernahme von Fahrtkosten und Aufwandsentschädigungen, die Förderung von Schulungen durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) und eine obligatorische Unfallversicherung unterstützt werden.” “Wir können den demografischen Wandel nur bewältigen, wenn wir alle gemeinsam an einem – gut koordinierten – Strang ziehen”, so Gedaschko abschließend.

Ein barrierearmes oder -freies Gebäude in einem Umfeld mit vielen Barrieren macht wenig Sinn

Übernahme von Fahrtkosten und Aufwandsentschädigungen

Katharina Burkardt